

Bad Somburger Neueste Nachrichten

Bezugspreis: 1.75 Rmk. monatlich frei Haus. — Erscheint werktäglich nachmittags. — Bei Ausfall der Lieferung ohne Verschulden des Verlags oder infolge von höherer Gewalt, Streit etc. kein Anspruch auf Entschädigung. Für unverlangt eingesandte Zuschriften übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr. — Einzelnummern: 15 Bfg.

Anzeiger für den Obertaunuskreis

Bad Somburger Tageszeitung und Anzeiger

Bad Somburger Lokal- und Fremdenblatt * Taunuspost

Anzeigenpreis: Die einspaltige 30 mm breite Nonpareillezeile kostet 30 Bfg. Lokale Gelegenheitsanzeigen nach besonderem Tarif. — Die 88 mm breite Nonpareille-Necklamelle kostet 1.—, zwischen Text 1.50 Rmk. — Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen nach Abmachung ohne Gewähr. — Offertgebühr 50 Bfg.

2707 [Fernsprech-Anschluß] 2707 Geschäftsstelle, Redaktion und Druckerei: Bad Homburg v. d. H., Dorotheenstraße 24 Postfachkonto Frankfurt-M. 398 46

Nr. 289

Donnerstag, den 10. Dezember 1931.

6. Jahrgang

Die neue Notverordnung Ihr wesentlichster Inhalt

Da es technisch unmöglich ist, die 46 Druckseiten starke neue Notverordnung vom 8. Dezember 1931 wörtlich oder auch nur in einem größeren Auszug zu bringen, geben wir in dem folgenden Artikel eine kurz zusammengefasste Darstellung ihres wesentlichsten Inhalts. Diese Zusammenfassung enthält aber alles, was die Allgemeinheit über die Notverordnung wissen muß. Die Redaktion.

Die neue Notverordnung des Reichspräsidenten trägt die Überschrift: „Vierte Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931“. Sie wird in ihrem authentischen Wortlaut auf 46 Druckseiten des Reichsgesetzblattes veröffentlicht. Die Verordnung gliedert sich in neun Teile:

Preisentzug.

Das allgemeine Preisniveau soll um zehn Prozent gesenkt werden. Auch die Preise, über die durch Kartelle, Syndikate, Konventionen usw. Abmachungen bestehen, müssen bis zum 1. Januar 1932 gegenüber dem Stande vom 1. Juli 1931 um mindestens zehn Prozent gesenkt werden. Der Reichswirtschaftsminister ist ermächtigt, für bestimmte Waren eine weitergehende Senkung anzuordnen, falls er eine solche für erforderlich hält. Kartellabmachungen usw. sind nichtig, falls die angeordnete Preisentzug nicht bis zum 1. Januar durchgeführt werden sollte. Auch die Preise der Markenartikel müssen bis 1. Januar um zehn Prozent gegenüber dem Stande vom 1. Juli gesenkt werden. Für die Rohwirtschaft sind besondere Bestimmungen getroffen, die ebenfalls eine zehnprozentige Preisentzug ausprechen. Das Gleiche gilt für die Preise des Stickstoff- und des Kalisynthats.

Zum Reichskommissar für die Preisentzug ist der Leipziger Oberbürgermeister Dr. Goerdeler ernannt worden. Ihm obliegt die Regelung der Preise für die freien Waren im Einzelhandel. Er kann seine Befugnisse auch anderen Behörden übertragen. Der Reichskommissar hat das Recht, Betriebe und Geschäfte zu schließen, wenn sie seinen Anordnungen keine Folge leisten. Seine Vollmachten erstrecken sich auch auf die Kontrolle der städtischen Tarife für Gas, Elektrizität usw.

Zinsentzug.

Die Zinsen aller festverzinslichen Wertpapiere — also Anleihen, Pfandbriefe usw. — die mehr als 8 Prozent betragen, werden herabgesetzt. Zinsen von 7 und 8 Prozent werden auf 6 Prozent ermäßigt.

higt, Zinsen von mehr als 8 Prozent im Verhältnis von 8 zu 6 Prozent. Ferner werden die Hypothekenzinsen im gleichen Verhältnis gesenkt. Auch auf dem Geldmarkt ist eine Senkung der Zinsen in Aussicht genommen.

Senkung der Mieten.

Die Hauszinssteuer (Gebäudesondersteuer) wird ab 1. April 1932 auf 80 Prozent des derzeitigen Satzes gesenkt, vom 1. April 1935 an beträgt sie 75 Prozent, vom 1. April 1938 beträgt sie 50 Prozent, am 1. April 1940 wird sie völlig aufgehoben. Die Mieten der Mietwohnungen werden sofort um 10 Prozent gesenkt. Die Mieten von Neuwohnungen, die mit staatlichen Zuschüssen aus der Hauszinssteuer gebaut worden sind, werden nach Maßgabe der erparten Hypothekenzinsen gesenkt. Neuwohnungen, die ohne Zuschüsse aus der Hauszinssteuer errichtet worden sind, dürfen — auch wenn in den Mietverträgen längere Fristen vorgesehen sind — durchweg auf 1. April 1932 gekündigt werden, um auch hier eine Mietenentzug zu erreichen.

Vollstreckungsschutz.

Auf dem Gebiete der Zwangsvollstreckung wird zunächst auf die ungünstige Lage des Grundeigentums und auf das Ansteigen der Zwangsversteigerungen hingewiesen. Es heißt dann: Der Zuschlag darf regelmäßig nicht unter sechzig Prozent des Grundstückswertes erteilt werden; der Schuldner, der seine Verpflichtungen infolge der Wirtschaftskrise nicht erfüllen können, kann die einstweilige Einstellung der Grundstücksversteigerung höchstens auf sechs Monate erwirken. Für landwirtschaftliche Grundstücke ist besondere Vorsorge getroffen. In Uebereinstimmung mit dem Wirtschaftsbeirat der Regierung muß die Fortführung der landwirtschaftlichen Betriebe mit allen verfügbaren Mitteln sichergestellt werden. Deswegen ist vorgesehen, daß bei landwirtschaftlichen Grundstücken auf Antrag des Schuldners gegenüber dem betreibenden Gläubiger die vorläufige Einstellung der Zwangsversteigerung bis nach der Ernte dann zulässig sein soll, wenn die ordnungsmäßige Fortführung des Betriebes und die Einbringung der Ernte bei einer Betriebsführung durch den Schuldner gewährleistet, aber bei Fortführung des Zwangsversteigerungsverfahrens gefährdet sein würde.

Soziale Versicherung und Fürsorge.

Die Verordnung läßt die Renten in ihrer Höhe und im Kinderzuschuß unberührt, hält es aber für notwendig, daß z. B. die Kinderzuschüsse und Waisen-

renten nicht mehr über das 15. Lebensjahr hinaus gezahlt werden, daß der doppelte und dreifache Bezug von Renten wegfällt oder wenigstens eingeschränkt wird, daß die Hinterbliebenenrenten in ihrem Gesamtbetrag nicht die Hauptrente übersteigen. In der Unfallversicherung fallen die kleinen Verletztenrenten weg. Die Verordnung besiegelt ferner den vom Reichsarbeitsministerium vermittelten Frieden zwischen Ärzten und Krankenkassen, läßt die Jung-Ärzte nach und nach zur Rassenpraxis zu, schreibt aber ein gegen 1930 verkleinertes und mit den Ärzten gleitendes Kopfpauschale vor. Die Leistungen für die Krankenkassen und Erwerbslosen werden, wenigstens zeitweise, auf die Regelleistungen beschränkt. In der Fürsorge bleibt die sogenannte gehobene Fürsorge für Sozial- und Kleinrentner grundsätzlich aufrechterhalten.

Gehalts- und Lohnentzug.

Die Gehälter der Beamten im öffentlichen Dienst werden ab 1. Januar um neun Prozent gekürzt. Die Kürzung wird vom Grundgehalt berechnet. Die Löhne der im öffentlichen Dienst stehenden Arbeiter werden gegenüber dem jetzigen Tariflohn um zehn Prozent gesenkt. — Sämtliche Gehalts- und Lohnsätze für Angestellte und Arbeiter in Privatbetrieben werden am 30. April 1932 fällig. Alle Tarifsätze werden herabgesetzt auf den Stand vom 1. Januar 1927. Nur wenn sie zur Zeit nicht höher als zehn Prozent über den Sätzen vom 10. Januar 1927 liegen, werden sie nur um 10 Prozent herabgesetzt. Tarifsätze, die bisher überhaupt noch nicht gekürzt worden sind, erfahren eine Herabsetzung um 15 Prozent, jedoch nicht unter dem Stand vom 10. Januar 1927.

Erhöhung der Umsatzsteuer und andere Maßnahmen.

Die Umsatzsteuer, die jetzt 0,85 Prozent beträgt, wird auf zwei Prozent erhöht. Getreide, Mehl und Brot fallen jedoch nicht unter die Umsatzsteuer. Auf Waren, für deren Einfuhr kein Zoll erhoben wird, wird eine Ausgleichsabgabe für Umsatzsteuer erhoben. Die am 10. April fälligen Vorauszahlungen der Einkommens- und Körperschaftsteuer werden auf 10. März vorverlegt. Sehr streng soll die Steuerflucht ins Ausland bestraft werden. Personen, die nach dem 31. März 1931 Deutschland verlassen und ein Vermögen von über 200 000 Mark mitgenommen haben, haben eine Abgabe in Höhe von 25 Prozent ihres gesamten Vermögens zu bezahlen, andernfalls wird ein Steuersteckbrief hinter ihnen erlassen. Sie können dann, falls sie wieder nach Deutschland zurückkehren, auf Grund dieses Steckbriefes verhaftet und mit Gefängnis bestraft werden. — Die Mineralwassersteuer wird aufgehoben. — Es wird eine neue Geldstück im Werte von vier Pfennig geprägt. Von dieser münztechnischen Maßnahme erhofft man ebenfalls eine Einwirkung auf das Preisniveau. — Die Eisenbahnfrachten bei der Reichsbahn wurden durch eine Sonderregelung gesenkt.

Schutz des inneren Friedens.

Gegen den Waffennitbrauch werden verschärfte Maßnahmen getroffen. Für Waffensbesitz wird eine Anmeldepflicht eingeführt. Das Tragen von Uniformen wird für Angehörige sämtlicher politischen Verbände verboten. Uebertretungen werden mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft. In der Zeit vom 9. Dezember bis einschließlich 3. Januar ist die Abhaltung politischer Versammlungen und Kundgebungen verboten (Weihnachtsburgfriede).

Schlussbemerkung.

In der Schlussföhrung wird ausgeführt: Die Reichsregierung ist überzeugt, daß die angeordneten Maßnahmen in ihrem untödlischen Zusammenhang der Wirtschaftserleichterungen bringen und eine Festigung ihrer Basis, die die Opfer weit übersteigen. Das jedoch nur dann, wenn das gesamte Volk in voller Erkenntnis der ungeheuren Schwere der Zeit und der unmittelbar drohenden Gefahren dem Wege folgt, den die Reichsregierung vorgezeichnet. Die Verantwortung dafür, daß das Ziel erreicht wird, trifft das deutsche Volk in seiner Gesamtheit und jeden Einzelnen. Er muß erkennen, daß nicht Willkür die Bestimmungen diktiert, sondern die harte Notwendigkeit. Ihr muß er sich fügen, wenn ihm auch zunächst daraus Opfer erwachsen.

Die Trauer um den Erzbischof.

Traueranordnungen des Dom- und Metropolitankapitels.

V Freiburg. Das Erzbischöfliche Dom- und Metropolitankapitel hat angeordnet, daß in jeder Pfarrkirche für die Seelenruhe des verstorbenen Oberhirten in der kommenden Woche ein feierliches Seelenamt zu halten ist. Jeder Pfarrer der Erzbischöflichkeit hat sobald als möglich für den Verstorbenen an einem nach dem Ritus hierzu freien Tage eine Messe de Requiem zu lesen. Ferner ist im Kanon der heiligen Messe die Fürbitte pro antistite nostra Carolo bis zur Wiederbelebung des Erzbischöflichen Stuhles auszulassen. In sämtlichen Pfarrkirchen ist während der acht auf diese Verordnung folgenden Tage jeweils nach 12 Uhr ein Trauergeläute in drei Absätzen zu veranstalten.

Die Aufbewahrung.

Die Leiche des Erzbischofs ist in der Hauskapelle des Erzbischöflichen Palais zu Füßen des Altars inmitten von Vorbeerbäumen und zahlreichen brennenden Kerzen aufgebahrt. Der Kirchenfürst ist bekleidet mit dem violetten Messgewand, der weißen Mitra, dem Stabe in der Hand und dem Paleum. Die Totenwache halten die Theologen des Konvikts. Tausende von Katholiken sind bereits an der Bahre des Entschlafenen vorbeigezogen. — Nach Beendigung der öffentlichen Aufbewahrung bleibt der geschlossene Sarg in der Kapelle. Zu der feierlichen Beisetzung im Münster am kommenden Dienstag, den 15. Dezember wird die Leiche in feierlichem Zuge in das Gotteshaus überführt. Die Beisetzung dortselbst findet an der Seite des letzten Freiburger Erzbischofs Dr. Thomas Rörber, im sogenannten Frauenhörl, statt.



Erzbischof Dr. Karl Erzbischof

Der Erzbischof von Freiburg Dr. Karl Erzbischof ist einem Herzschlage erlegen.

Neuer Vormarsch Japans?

Chinesischer Protest gegen Beschlagnahme von Zollämtern.

Paris, 9. Dezember.

Die chinesische Botschaftsdelegation gibt bekannt, daß der chinesische Finanzminister auf Grund der japanischen Nachricht, daß die Japaner die chinesischen Zollämter in Mukden zu beschlagnahmen beabsichtigen, eine Anweisung habe ergehen lassen, die Zollämter sofort zu schließen. Jedem Versuch, die Unabhängigkeit und Integrität der chinesischen Zollämter anzutasten, würde sich China energisch widersetzen.

Wie aus Peking gemeldet wird, hat ein japanisches Bataillon die Hafenstadt Nankin besetzt. Eine Abteilung von 50 Mann hat die Eisenbahnstrecke nach Mukden unterbrochen, um den Verkehr unmöglich zu machen. Die japanischen Truppen hätten den englischen Ingenieuren verboten, Reparaturen vorzunehmen. Die Chinesen treffen Verteidigungsmaßnahmen gegen das wahrscheinliche Vordringen der japanischen Truppen.

Einer Meldung aus Schanghai zufolge, hat sich die Zahl der in Schanghai an dem Proteststreik gegen die schwächliche Haltung der chinesischen Außenpolitik beteiligten Studenten auf 30 000 erhöht. Es streikten insgesamt 60 000 Studenten. Sie fordern den unverzüglichen Rücktritt des Außenministers Wellington Koo, der sich in Nanjing zurzeit nicht zeigt.

Brüning und Hitler.

Der „Völkische Beobachter“ zur Rundfunkrede des Reichskanzlers. München, 9. Dezember.

In einer Rundfunkrede zur neuen Notverordnung hat der Reichskanzler sich scharf gegen die Nationalsozialisten ausgesprochen. Er hatte u. a. gesagt: „Die Reichsregierung duldet keine andere Macht als die verfassungsmäßige. Reichspräsident und Reichsregierung verfügen allein über die Machtmittel des Staates. Sie werden mit unerbittlicher Strenge — notfalls auch unter Verhängung des Ausnahmezustandes — gegen alle eingesezt werden, die sich unterfangen würden, in den Stunden stärkster Nervenprobe den verfassungsmäßigen Gewalten in den Arm zu fallen.“

Wenn der Parteiführer der Nationalsozialisten die legalen Wege und Ziele seiner politischen Absichten betont hat, so stehen in großem Kontrast dazu die heftigen Beteuerungen, die sich nicht weniger verantwortlich bietender Führer, die zum sinnlosen Bruderkampf und zu außenpolitischen Torheiten auffordern. Wenn man erklärt, daß man — auf legalen Wege zur Macht gekommen — die legalen Schranken durchbrechen werde, so ist das keine Legalität. Und sie ist es noch weniger, wenn zu gleicher Zeit im engeren Kreise Rachepläne verfaßt und vorgelegt werden. Dagegen werde ich mich als verantwortlicher Staatsmann auf das schärfste. Ich werde mich weiterhin mit allen verfassungsmäßigen Mitteln solchen Parteiversuchen entgegenstellen, das deutsche Volk in dieser ungeheuren materiellen und seelischen Not in zwei feindliche Lager zu zerreißen.“

Gegen diese Ausführungen wendet sich der „Völkische Beobachter“. Er spricht von einem offensichtlichen Vorstoß gegen die nationalsozialistische Freiheitsbewegung und ihre Führer, dessen Unbeherztheit und Maßlosigkeit erstaunen müsse. Daß dieser Vorstoß eine Antwort gewesen sei, auf die nie dagewesene Niederlage, welche das Kabinett Brüning durch den Sieg der nationalsozialistischen außenpolitischen Aktion in der Weltspannung erlitten habe, bedürfe wohl keiner besonderen Feststellung.

Die kommende nationale Regierung werde durch Anschwärzungsversuche weder inner- noch außenpolitisch gehemmt werden können. Wohl aber werde diese Rede Brünings dazu beitragen, seinen eigenen Fall zu beschleunigen. Durch die rein politischen Maßnahmen der neuen Notverordnung fühle sich die nationalsozialistische Bewegung nicht berührt. Das allgemeine Uniformverbot treffe in erster Linie das Sklarett-Banner. Die Verschärfung gegen Waffensammler würde hoffentlich die roten Mörder in Schach halten.

Der nationalsozialistische „Angriff“ spricht von einem „Programm der Verzweiflung“. Solange man ohne Tributregelung in weitestem Sinne mit einer so zusammengeschumpften Dede rechnen müsse, daß diese den Namen „Dede“ überhaupt nicht mehr verdiene, sei eine Arbeit an Sparmaßnahmen eigentlich ein Jonglieren im luftleeren Raum. Mit mechanischen Maßnahmen könne man das organische Werden in der Wirtschaft nachhaltig nicht beeinflussen. Die Notverordnung und alle Notverordnungen vorher seien bürokratische Maßnahmen, die am Leben vorbeigingen und schlummernd noch Lebenswichtiges abschnitten. Aber nichts geschehe, um die Lebenskraft zu steigern.

Die Goldwanderung.

Frankreich, Schweiz, Belgien und Holland sind die Ziele.

Berlin, 9. Dezember.

In den letzten Wochen hat der Goldreichtum der einzelnen Länder wieder starke Verschiebungen erfahren. Von den Ländern, von denen das Gold abwanderte, verloren seit Mitte September an Goldbeständen die Vereinigten Staaten für 650 Millionen Dollar (jetziger Goldstand 2826,7 Millionen Dollar), England für 72,6 Millionen Dollar (jetziger Goldstand 587,8 Millionen Dollar) und Deutschland für 64,5 Millionen Dollar (jetziger Stand 262,3 Millionen Dollar). Schweden verlor in der gleichen Zeit für 7,5 Millionen Dollar an Goldreserven, Norwegen für 4,5 Millionen Dollar und Dänemark für 2 Millionen Dollar.

Die Zunahmer dieser Wanderung waren Frankreich mit 353 Millionen Dollar Goldzugang, die Schweiz mit 189,9 Millionen Dollar Goldzugang, Belgien mit 129,5 Millionen Dollar Goldzugang und Holland mit 80 Millionen Dollar Goldzugang, ferner in kleinerem Umfange Italien, Dänzig und Litauen. Frankreich besitzt heute für 2649,2 Millionen Dollar an Goldreserven, die Schweiz für 424,4 Millionen Dollar, Belgien für 355,6 Millionen Dollar und Holland für 347,3 Millionen Dollar. Insgesamt ist in der erwähnten Zeit eine Goldmenge von 800 Millionen Dollar verschoben worden.

Beim Nachfüllen von MAGGI-Würze verlangen Sie von Ihrem Händler auch

Es gibt für eine Flasche Nr. 0 1/2 Gutschein
Nr. 1 2 1/2
Nr. 2 3 1/2
Nr. 3 6 1/2

MAGGI-Gutscheine!

Die Baseler Konferenz.

Die Ausführungen des deutschen Vertreters. — Der Eindruck der Notverordnung.

Basel, 9. Dezember.

Der Beratende Sonderausschuß hat am Mittwoch unter dem Vorsitz des italienischen Professors Beneduce seine Erörterungen über die deutsche Wirtschafts- und Finanzlage fortgesetzt. Den Beratungen lag, wie man weiß, ein Bericht des deutschen Delegierten Dr. Meißner zugrunde. Er führte u. a. aus, daß die deutsche kurzfristige Auslandsverschuldung etwa 12 Milliarden Mark betrage. Die Deckung der deutschen Noten sei, wenn man die 630 Millionen Mark ausländischer Kreditkontokorrente abziehe, von 30 auf 12 Prozent gesunken!

In amerikanischen Kreisen verläutet, daß die deutsche Notverordnung bei der Mehrzahl der Mitglieder des Beratenden Sonderausschusses einen günstigen Eindruck gemacht habe. Man sieht darin einen weiteren Beweis für die Enschlossenheit der Regierung Brüning, die Dinge zu meistern, soweit es in ihren Kräften stehe. Man hört weiter, daß die französischen Kreise sich dem allgemeinen Eindruck nicht angeschlossen und man dort in der Notverordnung in erster Linie ein Mittel erblickt, um dem Beratenden Sonderausschuß gegenüber eine Geste zu machen. Es ist bezeichnend, daß die Franzosen sich vorläufig mehr für den Teil der Maßnahmen interessieren, die sich auf die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung beziehen, und man erklärt in französischen Kreisen, es müsse sich erst zeigen, ob diese Maßnahmen wirksam und erfolgreich sein werden.

Frankreichs Schuldverluste.

Wie sie gedeckt werden sollen.

Paris, 9. Dezember.

Die Regierung hat die Begründung zu dem Gesetzentwurf zur Deckung der Schuldverluste der Bank von Frankreich dem Parlament übergeben. Darin wird erklärt, daß die Bank von Frankreich noch sehr große Mengen von ausländischen Devisen, namentlich englischen Pfunden besitze, die sie im Interesse der französischen Währung in der Zeit vom August 1926 bis Juli 1928 gekauft habe. Der Betrag der englischen Devisen, den die Bank von Frankreich gegenwärtig besitze, belaufe sich auf 42 Millionen Pfund Sterling, was beim gegenwärtigen Kurse des Pfundes einen Verlust von 2,5 Milliarden Franken ausmache. Für die Jahresbilanz der Bank von Frankreich, die am 24. Dezember erscheint, soll dieser Kursverlust durch Neueinschätzung der im Besitz der Bank von Frankreich befindlichen Pfunde zum Deckungskurs zur Abschreibung kommen.

Zur Deckung soll der Bank von Frankreich eine Schatzanweisung mit Fälligkeitstermin zum 31. Dezember 1945 (dem Zeitpunkt des Erlöschens des Notenprivilegs der Bank von Frankreich) übergeben werden. Diese Schatzanweisung soll gegen verläufliche Obligationen der autonomen Amortisationskasse umgewandelt werden können. Der Wert der Schatzanweisung soll alle halbe Jahre neu abgeschätzt werden, damit alle eventuellen Verluste in Pfunden ausgeglichen werden und die Rechnung erst endgültig abgeschlossen wird, wenn in England der Goldstandard wieder eingeführt ist. Die allmähliche Rückzahlung der Obligationen soll mit Hilfe des Gewinns aus der Prägung von Silbermünzen, mit Hilfe der einprozentigen Amortisationsquote des Budgets und mit Hilfe der Abgaben der Bank von Frankreich an den Staat gedeckt werden.

Deutsche Tageschau.

Das Kündigungsverhältnis der weiblichen verh. Beamten.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde über die Reduzierung der verheirateten weiblichen Beamten beraten. Annahme fand ein Antrag, der bestimmt, daß verheiratete weibliche Reichsbeamte jederzeit ihre Entlassung verlangen können und daß umgekehrt die vorgeordnete Dienstbehörde die Entlassung verfügen kann, wenn nach ihrem Ermessen das Ausscheiden aus dienstlichen Gründen erforderlich ist und die wirtschaftliche Versorgung des weiblichen Beamten nach der Höhe der Familieneinkommens gesichert erscheint. Die auf diese Weise auscheidenden weiblichen Beamten sollen anstelle der Versorgungsbezüge eine Abfindungssumme erhalten. Die Länder, die Reichsbank und die Reichsbahn sollen ermächtigt werden, für ihre Beamten die gleiche Regelung zu treffen.

Aufnahme der Tätigkeit Dr. Gerdelaers.

Wie gemeldet wird, wird Oberbürgermeister Gerdelaer seine Tätigkeit als Preiskommissar bereits in den allerersten Tagen beginnen. Er wird sie zunächst von Berlin aus ausüben. Es ist aber möglich, daß er sie später, wenn die erste und schwierigste Hauptarbeit getan ist, auch in Leipzig fortführen kann. Deshalb behält Dr. Gerdelaer auch seinen Posten als Leipziger Oberbürgermeister bei. Uebrigens ist Gerdelaer aus der Deutschen Nationalen Partei ausgetreten. Die deutsche nationale Pressestelle erklärt dazu, daß die grundsätzliche ablehnende Haltung der Partei zur Regierung Brüning den Austritt des Reichskommissars, der der Regierung seine Mitarbeit zur Verfügung stellt, zu einem Akt selbstverständlicher Loyalität macht.

Reichstagsabgeordneter Stühr vom Schlaganfall getroffen.

Wie der „Völkische Beobachter“ aus Raumburg a. d. Saale meldet, hat der Reichstagsabgeordnete Stühr während einer Versammlung einen leichten Schlaganfall erlitten. Es trat vorübergehende Sprachstörung und rechtsseitige Arm- und Beinlähmung ein. Lebensgefahr besteht nicht.

Letzte Nachrichten.

Fall „Oppau“.

München, 10. Dez. Von nationalsozialistischer Seite war im bayer. Landtag die Behauptung aufgestellt worden, daß die Verteilung der für den Wiederaufbau der Gemeinde Oppau zur Verfügung stehenden Gelder einseitig vorgenommen wurde. Dazu erklärte der Ministerpräsident Dr. Heide: „Ich habe im Landtag erklärt, daß die Vorwürfe, die im Zusammenhang mit dem Hilfswert Oppau gegen einzelne Beamte erhoben wurden, auf ihre Richtigkeit hin geprüft und für völlige Aufklärung Sorge getragen werde. Da der Sachverhalt nicht alsbald geklärt werden konnte, weil der Staatsregierung die Unterlagen für die Vorwürfe nicht zur Verfügung gestellt wurden, habe ich auf Grund des Paragraphen 62 Absatz 3 der Verfassungsurkunde den früheren Regierungspräsidenten der Pfalz, Herrn Dr. Mathews beauftragt, die ergänzenden Ermittlungen anzustellen und mir über das Ergebnis zu berichten. Erst dann läßt sich ermitteln, wo sich andere behördliche Verfahren anzuschließen haben. Das Recht und die Pflicht der Staatsregierung, sich über die Verhältnisse zu unterrichten und die erforderlichen Verfügungen zu treffen, ist unabhängig von der Tätigkeit des parlamentarischen Untersuchungsausschusses.“

Auch Senkung der Schiffsabgaben.

Berlin, 10. Dez. Im Zusammenhang mit der tiefgreifenden Senkung der Reichsbahngebühren werden auch die Reichstarife für die Schiffsabgaben auf den Binnenwasserstraßen und vor allem der am 1. November dieses Jahres in Kraft getretene Reichstarif für den Ueberlandverkehr mit Kraftfahrzeugen gesenkt. Das Ausmaß der Senkung dieser Tarife entspricht der Senkung der Reichsbahnstarife. Die Einzelheiten werden in den nächsten Tagen bekanntgegeben werden. Voraussichtlich sollen die neuen Tarife am 16. Dezember 1931 in Kraft treten.

Drei Kinder beim Eislauf ertrunken.

Wien, 10. Dez. Bei Gmünd in Niederösterreich brachen sechs Kinder, die auf einem Teich Schlittschuh liefen, ein. Drei von ihnen wurden gerettet, drei sind ertrunken.

Sozialdemokraten beim Kanzler.

Eine Aussprache über die Notverordnung.

Berlin, 10. Dezember.

Reichskanzler Dr. Brüning hatte am Mittwoch nachmittag die Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu sich gebeten, um ihnen einige ergänzende Mitteilungen über den Inhalt der neuen Notverordnung zu machen. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird Donnerstag nachmittag zur Beratung der Notverordnung zusammentreten. Die Gesamtfraktion der Sozialdemokraten ist für Montag nachmittag 2 Uhr einberufen.

Protest der Polizeioffiziere.

Scharfe Entschliebung der Polizeioffizier-Vereinigung zum Fall Cerwit.

Berlin, 9. Dezember.

Der Berliner Polizeimajor Sewitz ist bekanntlich strafweise nach Gletzig versetzt worden, weil er einige Leute die auf der Straße ein Hoch auf den preußischen Ministerpräsidenten Brauns ausgedrückt hatten, festnehmen ließ. Die Polizeioffizier-Vereinigung, in der 90 Prozent aller Polizeioffiziere zusammengeschlossen sind, hat nun in einer Entschliebung, die dem preußischen Innenminister zugestellt wurde, zum Fall Cerwit Stellung genommen.

In dieser Resolution wendet sich die Polizeioffizier-Vereinigung gegen die bisherigen Maßnahmen gegen Cerwit und spricht ihr Bedauern darüber aus, daß durch eine solche Behandlung derartiger Fälle Unsicherheit bei der Ausübung des Polizeidienstes Platz greifen möchte. Das Vertrauen, so heißt es weiter in der Resolution, in die rein rechtliche Handlungsweise des preußischen Innenministers sei bereits durch die scharfen Maßnahmen gegen Polizeioffiziere wegen ihrer Beteiligung am Volksentscheid erschüttert und diese Gefahr, durch die Behandlung des Falles Cerwit gänzlich verloren zu gehen.

Zum Schluß heißt es, daß die Polizeioffiziere sich durch keinerlei persönliche Nachteile von der unparteiischen Ausführung der Befehle abbringen lassen.

Neues vom Tage.

Der Reichspräsident hat anlässlich des Ablebens des Freiburger Erzbischofs Dr. Frh. v. Dornapitel in Freiburg telegraphisch sein Beileid ausgesprochen.

Am Mittwoch hat Reichspräsident von Hindenburg den deutschen Untergeneralsekretär im Völkerbundsekretariat, Generalen Dufour-Geronce, zum Vortrag empfangen.

Im Reichsanzeiger wird eine neunte Verordnung über die Durchführung der Devisenwirtschaft veröffentlicht. Sie betrifft Termingeschäfte in ausländischer Währung.

Der Finanzausschuß der französischen Kammer hat die Kredite für das Flottenbauprogramm 1932 in Höhe von 1192 Millionen angenommen.

In Rom ist der frühere Ministerpräsident Salandra, unter dem Italien in den Weltkrieg eintrat, gestorben.

Aus Bad Homburg und Umgebung

Vom Schenken.

Immer näher rückt das Weihnachtsfest. In zwei Wochen läuten die Glocken des heiligen Abends.
Und wieder tritt die Frage: was soll ich schenken? geistesmäßig an uns heran. Ist es verhältnismäßig leicht, Kindern durch Schenken von Spielzeugen ein schönes Christkindchen zu bereiten, so ist auf der anderen Seite recht schwer manchmal, Erwachsene durch Gaben zu erfreuen. Es kommt dabei auf Takt und Feingefühl an, auf das Erraten der Wünsche des Andern und das Wissen um die Eigenart seiner Persönlichkeit. Angesichts der überaus reichen Auswahl, die die Geschäfte zur Weihnachtszeit bieten, kommt die Qual der Wahl hinzu und schließlich — zuletzt ein entscheidender Berater — hat der Geldbeutel ein Wortlein mitzureden. Es ist wirklich wahr: das Christkindchen hat es nicht leicht, Geschenke zu machen. Wer sich noch nicht schlüssig darüber ist, wird dem zustimmen. Eines möge aber besonders betont werden: Geschenke sind immer Ausdruck von Empfindungen dem Beschenkten gegenüber. Das Geschenk an sich, als Gegenstand, bereitet Freude; aber noch mehr erfreut die es begleitende Gesinnung. In dieser bitterharten Zeit muß oft die Gesinnung von dem ersehen, was an Wert dem Geschenk abgeht. Das ist eigentlich eine Not, aus der man eine Tugend machen sollte. Auch Güte, Nachsicht, Verzeihen und sich Verzeihen sind Weihnachtsgeschenke, sind sogar praktische Geschenke in unserer Zeit des Auseinandergerates und Auseinanderlebens. Uns drückt, hieron könne man gar nicht genug schenken.

Schwarzfahrt mit einem Mercedes-Benz. In Frankfurt a. M. wurde dieser Tage ein Kraftwagen, Fabrikat Mercedes-Benz, gestohlen. Die Diebe unternahmen mit dem Wagen eine Schwarzfahrt in den Taunus. Nahe der Karlsbrücke rannten sie aber gegen einen Telegraphenmast, so daß der Wagen schwer demoliert wurde. Das Auto wurde gestohlen an dieser Stelle herrenlos vorgefunden und ist inzwischen abgeschleppt worden.

Unsere Personennamen und ihre Bedeutung. Ueber dieses Thema spricht Herr Pfarrer a. D. Karl Enders am Montag, dem 14. Dezember, abends 8.15 Uhr, im Kirchenaal der Erlöskirche im Rahmen eines Vortragsabends des Vereins für Geschichte und Allertumskunde.

Handwerksamt. Eine Handwerkerzusammenkunft findet Freitag, den 11. Dezember, abends 8.30 Uhr, im Nebenzimmer des „Schützenhof“ statt.

Kurhaustheater. Die heutige Aufführung von Gerhart Hauptmanns „Michael Kramer“, Schauspiel in vier Akten, beginnt um 7.30 Uhr.

Märchengespel. Auf der Bühne des „Sollips“ gelangt kommenden Samstag, nachmittags 4 Uhr, das Märchen „Hänsel und Gretel“ zur Aufführung.

Allg. Ortskrankenkasse Bad Homburg v. d. A. In der Zeit vom 29. — 5. 12. 31 wurden von 145 erkrankten und erwerbsunfähigen Kassenmitgliedern 111 Mitglieder durch die Kassenärzte behandelt, 25 Mitglieder wurden im hiesigen allg. Krankenhaus und 9 Mitglieder in auswärtigen Heilanstalten verpflegt. Für die gleiche Zeit wurden ausbezahlt: 1657.73 Rmk. Krankengeld; 866.27 Rmk. Wochengeld; 62.50 Rmk. Sterbegeld. Mitgliederbestand 3888 männliche, 3186 weibliche. Sa. 7074.

Arbeitsunfähige Mitglieder sind verpflichtet, sich spätestens am 3. Tage ihrer Erkrankung bei der Kasse krank zu melden.

Große lokale Geflügelschau. Am Sonntag, dem 13. Dezember, hält die Vereinigung der Geflügelzüchter Bad Homburg und Umgebung eine lokale Geflügelschau in den Räumen der Stadt Friedberg (Wehger-Schorf) ab. Gleichzeitig findet dortselbst ein Preiskegeln statt. Zur Schau werden insgesamt 260 Nummern Geflügel gestellt, so daß es sich lohnt, dieselbe zu besuchen. Es sind folgende Rassen vertreten: Rhodeländer, Welsummer, Barnevelder, Reichshühner, Rheinländer, Italiener reibhuhnfarbig, schwarz, gelb, Hamburger Silberlack, Leghorn. Zwerge: Rhodeländer, Plymouth, Wyandotten gestr., redb., deutsche Zwerge, Bantam, Japaner. Tauben: Engl. Kröpfer, Engl. Zwergkröpfer, Alldeutsche, Festsitz, Bränner, Schönbildbräutchen, Storchschlauen, Pfaffen und Keisebräutchen. Wassergeflügel: Drillington, Apaki, Campelli und Laufenten. Ferner wird die Besucher eine Vollere, besetzt mit Anker- und Goldfischen, sowie mit gelackten japanischen Zwergbühnen überraschen.

Aus dem Homburger Gerichtssaal.

In der heutigen Sitzung führte Amtsgerichtsrat Dr. Conhen den Vorsitz; die Amtsanwaltschaft vertrat Amtsanwalt Schneider. Zur Verhandlung standen vier Strafsachen und 1 Privatklage an.

Betrifft Alimente. Ein auswärtiger Chauffeur hatte gegen einen Strafbefehl Einspruch erhoben. Di. Anklage entzog sich der Chauffeur dauernd der Unterhaltungs-pflicht seines unehelichen Kindes. Dem Gericht oblag lediglich die Aufgabe, zu prüfen, ob der Angeklagte, der noch Frau und drei Kinder zu ernähren hat, tatsächlich zahlungsunfähig war. Die Beweisaufnahme ergab, daß der Angeklagte bereits den Offenbarungseid geleistet hatte und seine finanzielle Lage denkbar schlecht ist, so daß das Gericht antragsgemäß zur Freisprechung kam.

Uebertretung der Straßen-Verkehrsordnung. Ein Motorradfahrer aus Frankfurt a./M., der am Abend des 21. September durch Gonsenheim ohne Beleuchtung

seiner Maschine fuhr, hatte wegen dieser Uebertretung eine Geldstrafe von 25 Rmk. erhalten. Mit der Begründung, seine Lichtanlage müsse plötzlich versagt haben, da die Laterne noch kurz vor Gonsenheim gebrannt hätte, drang er bei Gericht nicht durch, zumal ihm nachgewiesen wurde, daß er bereits in Köppern ohne Beleuchtung fuhr. Der Amtsanwalt beantragte Bestätigung des Strafbefehls; das Gericht kam zu einer Verurteilung von 10 Rmk. Geldstrafe.

Apfelbäume. Im Herbst ds. Jhs. hatten die drei Angeklagten — hiesige Einwohner — einen „Ausflug“, der Richter nannte es Beutezug, nach den Geldmarken von Homburgs Umgebung unternommen. Den mitgebrachten Handwagen lud man voll Äpfel und verkaufte diese mit 1.50 Rmk. pro Zentner an zwei Gastwirte, die nun als Hehler mitangeklagt waren. Die beiden Gastwirte hatten sich wohl nach der Herkunft der Äpfel erkundigt. Hehlerlei konnte ihnen nicht nachgewiesen werden, so daß hier Freispruch erfolgte. Auch die Mitangeklagte G., die angab, sie habe nur zum sofortigen Genuß einige Äpfel ausgelesen, wurde freigesprochen, während die Angeklagten M. und Mg. wegen Uebertretung des Feld- und Forstpolizeigesetzes — die Anklage auf Diebstahl ließ man fallen — zu zwei bzw. einer Woche Gefängnis verurteilt wurden. Mehrere Strafe wurde auf die Dauer von zwei Jahren ausgesetzt.

Unter falschem Namen „gearbeitet“. Mille September wurde ein hiesiger Wohlfahrtsempfänger im Staatswald dabei betroffen, als er mit einem angeblich Unbekannten sowie dessen Ehefrau zwei dicke Büchsen niederlegte und mitnahm. Der Wohlfahrtsempfänger gab bei Feststellung seiner Personellen durch einen Forstbeamten seinen richtigen Namen an. Dagegen stellten sich seine Helfer unter dem Namen „Friedrich Müller und Frau“ vor. Ein hiesiges Ehepaar gleichen Namens wurde auch des Diebstahls bezichtigt, aber nicht als Täter erkannt, so daß Freispruch erfolgte. Der Angeklagte

wollte aber auch das Ehepaar, das ihm bei seiner Arbeit tatsächlich beihilflich war, nicht mehr erkennen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Forstdiebstahls zu 3 Rmk. Geldstrafe und Zahlung von 6 Rmk. Wert ersatz sowie Einziehung der Säge.

Beleidigung. Wegen dieses Delikts hatte sich ein in Bad Homburg wohnender pensionierter Hauptmann zu verantworten. In einer Mißbilligung, die zwischen ihm und seiner Hauswirtin stattfand, soll er die Vertreter eines hiesigen Anwaltsbüros, von falschen Voraussetzungen geleitet, in einem Brief beleidigt haben. Die Verhandlung gestaltete sich derart, daß sich der Richter veranlaßt sah, der Angeklagten wegen ungebührlichen Betragens vor Gericht mit 5 Rmk. Geldstrafe zu belegen. Seitens des Vertreters der Klägerin wurde erklärt, daß die aufgestellten Behauptungen auf Unwahrheiten beruhen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 50 Rmk. sowie Tragung der Kosten des Verfahrens.

Jetzt ist die höchste Eisenbahn — heute noch sollten Sie zu Kaiser's Kaffee-Geschäft gehen. — Der Eisenbahnzug, den Sie im heutigen Kaiser's Interat abgebildet sehen, bringt Kaiser's Kaffee, Tee, Kakao, Schokolade und Bräunlein, Keks, Spitzkuchen, feine Marzipan-Artikel und Baumbehang, Nüsse, Mofinen u. s. w., lauter Dinge, die zum Weihnachtsfest hochwillkommen sind. Wer bei Kaiser's kauft, spart immer; denn er kauft sehr gut und sehr billig. — Er spart doppelt, wenn er das Weihnachts-Sparbuch benutzt und noch das Geschenk bekommt.

Kirchliche Nachrichten.

Israelitische Colledienst.

Samstag, den 12. 12. Vorabend 4.15, morgens 9, nachmittags 3.30, Sabbatende 5.15. Werktag morgens 7, abds. 4.30 Uhr.

Kauft bei unseren Inferenten!

Verantw. für den redaktionellen Teil: S. Herz, Bad Homburg für den Inferatenteil: Fritz W. A. Krägenbrint, Bad Homburg Drucker und Verleger: Otto Waagenbreth & Co., Bad Homburg

Das S & F-Sparbuch

Die Sparkasse der klugen Hausfrau

Zehntausende von S & F-Sparern freuen sich

wenn sie vor Weihnachten für ein volles S & F-Sparbuch

3 Mark in bar

einlösen.

Festtags-Wein zu Sonderpreisen

Auch in schlechten Zeiten ein guter Tropfen! Wir haben unsere sämtlichen Weinsorten für den Monat Dezember im Preise ermäßigt, um jedermann Gelegenheit zu geben, sich an den Feiertagen eine Flasche Wein zu leisten.

Weißwein	1/2 Flasche o. Gl.	Rot- u. Südwine	1/2 Fl. o. Gl.
1930er Edentobener	65	Tafel-Rotwein	70
1929er Rhodt. Schloß	70	1929er Dürkheimer Feuerberg	80
1930er Gäßlerath. Königsberg	90	1930er Oberingelh.	1.-
1929er Oppenh. Rehrweg	1.-	Muskat Ital. Südwine	90
1929er Liebyranenm.	1.10	Malaga alter	1.60, 1.20

Sämtliche hier nicht aufgeführte Weinsorten über Rmk. 1.- verkaufen wir im Dezember mit 10 Pfg. Preisnachlaß pro Flasche auf die Listenpreise.

Sonder-Angebot S & F-Bier groß 1.05 für die Weihnachtsbäckerei 10 Stüd

Magnet-Bier 10 Stüd 1.40

Deutsche Frischbier 10 Stüd 1.50

Junge zarte Hühner	psd. 85	Auszugsmehl	psd. 28
Marinaden	1 Liter-Dose 68	S & F-Magnetmehl	30
Bohnen weiße	psd. 13	Schweineschmalz	psd. 57
Linien gutkochend	psd. 16	Margarine	psd. 65, 55, 40, 38
Orangen	psd. 19	Kokoßnuß geraspelt	psd. 36
Erbsen	psd. 30	Haselnußkerne	psd. 1.-
		Sultaninen	psd. 1.-, 55, 44
		Block-Schokolade	psd. 80

SCHADE & FÜLLGRABE

5% Rückvergütung

Bad Homburg.

Geht für die Winterhilfe!

Neues aus aller Welt.

Wischen die Puffer geraten. Auf dem Schlachtplatz des Eisenwerks Neunkirchen (Saar) geriet der 30 Jahre alte Arbeiter Wehmann beim Ankloppeln eines Wagens an die Maschine zwischen die Puffer. Wehmann wurde der Brustkorb vollkommen eingedrückt, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Vom Orden Pour-le-Merite für Wissenschaft. Wie aus Berlin gemeldet wird, ist nach dem Ableben des zweiten Vizekanzlers U. von Wilsamowicz-Moellendorf von den Ritters des Ordens Pour-le-Merite für Wissenschaft und Kunst der Geheimen Regierungsrat Professor Dr. Heinrich Lüders, derzeit Rektor der Universität Berlin, zum zweiten Vizekanzler gewählt worden.

Das Gehirn des Massenmörders Ruten, das bisher zur wissenschaftlichen Untersuchung im Anatomisch-Biologischen Institut der Universität Berlin war, ist jetzt zu weiteren Untersuchungen nach München an das Deutsche Forschungsinstitut für Psychiatrie geschickt worden.

15-Jähriger erschlägt seinen Vater. Ein 52 Jahre alter Bergmann hatte mit einer 6 Millimeter-Büchse Spahen geschossen. Als er aus dem Hausgarten zurückkam, stellte er die geladene Büchse in die Ecke der Stube. Sein 15 Jahre alter Sohn ergriff die Büchse und berührte den Hahn. Das Geschoss drang dem Vater in den Unterleib. Der Schwerverletzte verstarb bald darauf im Krankenhaus an innerer Verblutung. Der Sohn, der nicht gewußt hat, daß die Büchse geladen war, wurde in Haft genommen.

Wilderer erschossen. In der Nacht stieß in den Staatswaldungen des Forstamtes Garmisch eine aus zwei Mann Landespolicen und einem Forstbeamten bestehende Streife auf fünf Wilderer. Anstatt auf den erfolgten Anruf die Gewehre abzulegen, oder zu fliehen, sprangen die Wildschützen hinter Bäume und legten ihre Gewehre auf die Beamten an. Erst jetzt machten diese von der Schußwaffe Gebrauch. Der verheiratete Tagelöhner Martin Witschl, Gemeinderat von Untergrainau wurde von einer Kugel tödlich getroffen.

Auto fährt in Schülergruppe. In Schwelm ereignete sich ein schweres Verkehrsunfall. Ein Kaufmann kam mit seinem Auto von Barmen und wollte nach Grevelders fahren. Als er eine ihm entgegenkommende Straßenbahn überholen wollte, fuhr er in eine Schülergruppe. Dabei wurde der Schüler Helmut Löwe getötet. Sein Bruder Werner und der Sohn des Bürgermeisters Rappold wurden schwer verletzt. Des weiteren wurden sieben Schüler mit mehr oder weniger schweren Verletzungen in das Krankenhaus gebracht.

Von der Transmission erfaßt und getötet. Die 28 Jahre alte Mühlenbesitzerstochter Therese Sax in Hildesheim geriet, als sie abends in der Mühle noch etwas zu besorgen hatte, an die Transmissions des Mühlenwerkes. Auf die Hilfe rufe des Mädchens eilten sofort die Angehörigen herbei, sie fanden aber die Bedauernswerte nur noch als Leiche vor. Der Unglücklichen war der Schädel völlig zerschmettert.

In einem Hering erstickt. Auf tragische Weise kam der 32 Jahre alte, ledige Badmeister Wilhelm Grottmüller in Deggendorf ums Leben. Nachdem der junge Mann ein Stück von einem Hering abgebissen hatte, wollte er den Rest des Fisches auf einmal verschlucken. Der Hering blieb aber dem Mann im Halse stecken. Alle Bemühungen anwesender Freunde und der zur Hilfe gerufenen Sanitätskolonne, Rettung zu bringen, waren vergebens. Der junge Mann erstikte und bezahlte Spah und Uebermut mit dem Leben.

Eine historische Markelenderin gestorben. In Meh ist im Alter von 92 Jahren Frau Josephine Hult gestorben. Frau Hult hat im Kriege 1870-71, den sie als Markelenderin mitmachte, eine gewisse Rolle gespielt, indem sie eine Mitteilung des Generals Bazaine an Gambetta durch die deutschen Linien schmuggelte. Die Mitteilung war in einer kleinen Hautschutzhülle, die sie im Munde verbarg, untergebracht. Gambetta übergab ihr die Antwort. Aber ehe sie wieder in Meh eintraf, hatte Bazaine bereits kapituliert.

Ausgebiente Kriegsschiffe als Obdachlosenag. Nach einer Meldung aus Stockholm will die schwedische Marineleitung einige ausgebiente Kriegsschiffe zur Unterbringung arbeits- und obdachloser Seeleute zur Verfügung stellen; zunächst sind auf dem alten Kreuzer „Njord“, der in einem der Wasserläufe bei Stockholm verankert ist, 300 Seeleute untergebracht.

Lenin-Statue als größtes Denkmal der Welt. Wie die sowjetische Telegraphenagentur mitteilt, ist in Leningrad beschlossen worden, im Hafen eine Lenin-Statue zu errichten, die mit einer Höhe von 110 Metern das größte Denkmal der Welt werden soll.

Ellg Beinhorn fliegt nach Australien. Die bekannte Fliegerin Ellg Beinhorn ist auf dem Flugplatz in Konstantinopel gelandet. Sie gedenkt, ihren Flug über Bagdad nach Australien fortzusetzen.

Fehlbetrag im Staatshaushalt der Vereinigten Staaten. Washington, 10. Dezember.

Präsident Hoover veranschlagt in seiner diesmaligen Kongressbotschaft den Fehlbetrag für das laufende Haushaltsjahr mit 2,122 und für das nächste Haushaltsjahr mit 1,417 Milliarden Dollar.

Ein im Gleichgewicht befindliches Budgets vorzulegen, sei unmöglich, wenn nicht der Kongress neue Steuerquellen erschließe. Es wird daher in Anlehnung an die Steuererhebung von 1924 eine auf zwei Jahre begrenzte Erhöhung der Steuern vorgeschlagen, wovon sich Hoover eine Verminderung des Defizits um den Betrag verspricht, der zur gefühlvoll vorgeschriebenen Abtragung der öffentlichen Schuld erforderlich ist. In der Botschaft wird die Hoffnung ausgesprochen, daß bereits im Juni 1934 das Defizit beseitigt sein werde, während sich andererseits ohne derartige Steuermaßnahmen der Fehlbetrag der drei Jahre von Juni 1930 bis Juni 1933 auf etwa 4,442 Milliarden Dollar belaufen würde.

Bonn. (Tragischer Jagdunfall.) Auf dem Rückweg von einer Jagd im Antweiler Gebiet stolperte plötzlich der Sohn eines Bonner Fabrikanten, der vor einem Bademeister aus Bonn herging. Hierbei entlud sich das nicht gesicherte Gewehr und die beiden Schrotladungen drangen dem Bademeister in den Kopf. Der Schwerverletzte wurde nach Bonn ins Krankenhaus gebracht, wo er in der vergangenen Nacht seinen Verletzungen erlegen ist.

Limburg. (Der Brandstifter vom Hofgut Krenpel abgeurteilt.) Das Schwurgericht Limburg verurteilte den Brandstifter vom Hofgut Krenpel bei Rennerod, Karl Scheele, über den Antrag des Staatsanwalts, der zwei Jahre Zuchthaus verlangt hatte, hinaus, zu einer Zuchthausstrafe von drei Jahren sechs Monaten und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre. Der jetzt 58 Jahre alte Angeklagte erhielt seine erste Gefängnisstrafe bereits mit 14 Jahren. Er kannte weder Vater noch Mutter. Von der ersten Gefängnisstrafe ging es mit ihm abwärts. Mit 21 Jahren erhielt er bereits eine Zuchthausstrafe von einem Jahr. Als er von einem 19jährigen Aufenthalt in Frankreich zurückkam, vergrößerte sich sein Strafregister abermals. Wegen schweren Einbruchdiebstahls, Diebstahls im Rückfall und schweren Sittlichkeitsverbrechen sowie wegen schweren Raubüberfalls erhielt er, langjährige Gefängnis- und Zuchthausstrafen. Scheele gestand die Brandstiftung ein und äußerte den Wunsch, wieder ins Zuchthaus zu kommen, wo er unter seinesgleichen sei. Er will die Tat aus Rache wegen seiner Entlassung, wegen des schlechten Essens und wegen der schlechten Behandlung durch den Verwalter begangen haben.

Bunte Chronik.

Kropfbelämpfung durch jodiertes Kochsalz.

Der Regierungsrat des Kantons Zürich hat beschlossen, geeignete Maßnahmen zur Steigerung des Verbrauches an jodiertem Kochsalz zu treffen, das der Belämpfung des Kropfes dient und künftig „Vollsalz“ benannt werden soll. Die Salzauswäger sind angehalten, in Zukunft allen Konsumenten, die nicht ausdrücklich Salz ohne Jodzulaß verlangen, ausschließlich Vollsalz abzugeben. Ebenso sind die Salzauswäger, die nur über einen einzigen Salztopf verfügen, beauftragt, nur noch Vollsalz zu führen. Der Regierungsrat begründet diese Maßnahme mit der gegenüber anderen Kantonen verhältnismäßig starken Verbreitung der Kropfkrankheit, speziell im Züricher Oberland.

Wetterbericht.

Durch ein Tief im Süden ist bei uns vorübergehende Bewölkung eoll. Niederschläge zu erwarten.
Wettervorhersage: Unveränderter Fortbestand der unbeständigen Witterung.

Preisabschlag für Wein

Für die Festtage Ullrich's gepflegte Weine

WEISSWEIN $\frac{1}{2}$ Flasche o. Gl.	ROTWEIN $\frac{1}{2}$ Flasche o. Gl.
Edenkobener 65	Tafel-Rotwein 70
Rhodter Schloß 70	Montagne 1.-
Oppenh. Kehrweg 1.-	Dürkheim-Feuerberg 80
Niersteiner Domtal 1.10	Roussillon 1.10
Liebfrauenmilch 1.10	Ober-Ingelheimer 1.-
Rüdesheimer Kiesel 1.60	St. Emilion 1.60

Besonders preisw. **EIER** zum Kochen und Backen, extra groß 10 Stück 1.05

Für die Weihnachts-Bäckerei:

Auszugs-Mehl Pfd. 28, 24
Konfekt-Mehl Pfd. 30
Kokosnuß geraspelt Pfd. 36
Block-Schokolade Pfd. 80
Haselnußkerne Pfd. 1.-
Mandeln süße Pfd. 1.30
„ extra Pfd. 1.80

Rollmops

Bismarckheringe 1 Ltr. Dos. 80

Bohnen weiß Pfd. 13
Linsen Pfd. 16
Orangen Pfd. 19
Erdnüsse Pfd. 30
Mandarinen Pfd. 22

Prima Mastgänse Pfd 95

Vorbestellungen werden angenommen.

Homburg. Kaufhaus f. Lebensmittel
Georg Ullrich

Luisenstraße 33

Telefon 3081

50/0 Rabatt

Christbäume zu verkaufen. Schulstraße 6 im Hof.

Achtung! Prima Bierdeiseid Pfd. 20 Pfg. Würstchen 6 St. 50. Würstchen 10 St. 1.00. **Edhard Gardi** Töpferweg 1.

Diese Woche ganz besonders preiswert

Frische Gemüse Marinaden, Räucherwaren, täglich frisch gebadene Fische empf.

Witt. Feld, Martlaube Tel. 2758

Geld

zu 3 Proz. an jedermann, zur Anschaffung und Schuldentilgung, rückzahlbar in Monatsraten von 10 bis 20 Mk. u. u. kündbar durch Spargenossenschaft. Prospekt geg. Rückporto.

Westdeutscher Mobil-Sparverband Bezirksleitung: Bad Homburg, Höllestraße 20.

4=5-Zimmer-Wohnung

mit Zubehör sofort oder später zu mieten gesucht. Schriftliche Angeb. befördert die Geschäftsstelle dieser Zeitung unter Nr. 100

Schöne kleine Pension

im Schwarzwald auch als Erholungsheim geeignet, kompl. eingerichtet, mit Viegehalde, sofort sehr preiswert verkäuflich. Anfragen u. P. R. 393 Annone-Expedition A. Verghorn, Berlin SW 68.

Arbeiter Wohlfahrt

Weihnachts-Lotterie

Ziehung 19. u. 21. Dez. 1931

Dos 50 Pfg.

empfehlen und verkaufen die **Bad Homburger Neueste Nachrichten** Dorotheenstraße 24.

Möbliertes Zimmer ohne Pension zu mieten gesucht. — Offerten unter Nr. 101 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

FRAUEN

nur keine Sorgen! glücklich — sorgenfrei können Sie sein, wenn Sie mein stets bewährtes, unschädliches, hygienisches, Frauenartikel gebrauchen. Zahlreiche Dankschreiben. Teilen Sie mir in allen Fällen vertrauensvoll Ihre Wünsche mit. — Diskreter Versand! **Hyrianko - Versand, HANNOVER** Hildesheimer Straße 8

Kauft in Ruhe, mit Bedacht und Freude!

Besorgt die Weihnachtseinkäufe Anfang Dezember am Vormittag und am Frühaachmittag!



Vertreter-Gesuch

Tätige Fachleute als Vertreter und Mitarbeiter gesucht. **Allgemeine Bausparkasse e. G. m. b. H., Aöln, Norberstraße 31.** Landes-Direktion: Frankfurt/Main, Feldbergstraße 42

Was macht der Reichstag?

Fraktionsführungen. — Kommt es zur vorzeitigen Einberufung?

Berlin, 9. Dezember.

Als erste Reichstagsfraktion hat sich die Staatspartei mit der Notverordnung beschäftigt. Wie verlautet, ergaben die Beratungen im großen und ganzen eine Anerkennung der Notwendigkeit der neuen Maßnahmen. Gegenüber dem Finanzminister wurde besonders betont, daß eine strikte Durchführung des Uniformverbotes der sogenannten Wehrverbände im ganzen Reichsgebiet verlangt werden müsse, insbesondere auch in den Ländern, in denen Nationalsozialisten an der Regierung beteiligt sind. Für Donnerstag hat die Fraktionspartei, für Freitag die Volkspartei eine Fraktionsführung anberaumt. Die Sozialdemokraten werden am Montag, das Zentrum und die Christl. Soz. am Dienstag die Notverordnung beraten. Die Deutschnationalen versammeln sich sogar erst am Donnerstag der nächsten Woche.

Ehe die wichtigsten Fraktionen zur Notverordnung Stellung genommen haben, wird über die vorzeitige Einberufung des Reichstages keine Entscheidung fallen können. Praktisch kommt ein Zusammenrücken des Reichstages, wenn es überhaupt zu einer vorzeitigen Einberufung kommt, nach der Auffassung führender Parlamentarier vor Weihnachten nicht mehr in Frage.

Zu den Bestimmungen der neuen Notverordnung über den politischen Bürgerfrieden wird in parlamentarischen Kreisen erklärt, daß sie nicht konkret genug gefaßt seien, als daß das wahrscheinlich erstrebte Ziel erreicht werden könnte. Da geschlossene Mitgliederversammlungen erlaubt seien, über die wiederum in den Zeitungen berichtet werden könnte, liege ein tatsächliches Verbot politischer Versammlungen eigentlich nicht vor.

Stimmen zur Notverordnung und zur Bränningrede.

Berlin, 9. Dezember.

Die gesamte Presse des In- und Auslandes nimmt Stellung zur neuen Notverordnung und zur Rundfunkrede des Reichkanzlers. Von den Blättern der Reichshauptstadt stimmen die der Regierung sympathisch gegenüberstehenden Organe der Notverordnung als einer dringenden Notwendigkeit mit mehr oder minder deutlich ausgedrückten Bedenken zu. Die deutschnationalen Blätter sprechen von einem „Sprung ins Dunkle“ und von einer ungeheuren Verantwortung, die Bränning auf sich geladen habe. Ob der Kanzler in der Lage sei, auch nur parlamentarisch sein Werk durchzuführen, sei noch unklar. Mit der scharfen Polemik gegen die Nationalsozialisten habe er bewußt sein parlamentarisches Schicksal wieder allein auf die Sozialdemokratie gestellt — sagt der „Berliner Lokalanzeiger“. Die kommunistischen Blätter sprechen von einem „Generalangriff der Bränning-Diktatur gegen die Arbeiterklasse“.

In England nennt man die Notverordnung einen noch nie dagewesenen Eingriff in das Wirtschaftsleben Deutschlands. Der Vorstoß der Einkünftekontrollen könne nicht mehr weitergetrieben werden. — Die französische Presse beschäftigt sich hauptsächlich mit der Reichsfinanzrede, die nach Ton und Auffassung Billigung findet. Allgemein bezeugt man die Rede als eine ernste Warnung an die Anhänger Hitlers. — In Wien ist man einmütig in der Anerkennung und Bewunderung für den Kanzler, der das Dilemma unternehme, die deutsche Wirtschaft durch diese einschneidenden Maßnahmen zu retten. Nur die sozialdemokratische Arbeiterzeitung läßt an der Notverordnung schärfste Kritik. — Die amerikanische Presse nennt die Notverordnung einen letztmöglichen Schritt und hebt die Antikündigung des Reichkanzlers hervor, daß er nötigenfalls Maßnahmen gegen Wirtschaftskrieg treffen werde.

Die Wirtschaftswoche.

Sonderauschuß der Bank für internationale Zahlungen. — Das englische Pfund und die deutsche Mark. — Immer wieder Stilllegungen in der deutschen Wirtschaft.

In Basel ist — auf Antrag der deutschen Reichsregierung — der Sonderauschuß der Bank für internationale Zahlungen, kurz „Biz“ genannt, zusammengetreten, um sich über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu beraten. Die Tagung hat außerordentliche Bedeutung, weil ihre Beschlüsse die Grundlage bilden für die internationale Konferenz, auf der die Tributfrage endgültig geregelt werden soll. Der Ausschuß wird vor einer schweren Aufgabe stehen, er wird sich insbesondere auch mit dem französischen Vertreter und ihrem Anhang auseinandersetzen haben, die noch immer nicht einsehen wollen, daß die Welt und nicht nur Deutschland wirtschaftlich schwer krank ist und daß der Goldbrauch einmal ein Ende haben muß, wenn wir nicht alle zugrunde gehen sollen. Dabei ist natürlich nicht anzunehmen, daß dann Frankreich gloriös aus der Krise hervorgeht.

Denn daß die Wirtschaftskrise unaufhörlich weiterklettert, sehen wir von Tag zu Tag. Trotz aller Maßnahmen der Bank von England den Pfundkurs zu stabilisieren, liegt die englische Währung international immer noch sehr schwach und kein Anzeichen deutet darauf hin, daß sich in aller nächster Zeit eine Besserung anbahnen wird. Vielmehr muß die Bank von England ihre ganze Sorge darauf verwenden, das Pfund wenigstens auf dem heutigen Stand zu halten, wöhlgerne eine Währung, die als absolut unantastbar galt. Das englische Pfund, mit seinen verschiedenen Abarten, sei es nun das ägyptische, südafrikanische oder australische Pfund, war nun einmal die Währung der Welt, sein Zusammenbruch muß als etwas so außergewöhnliches gewertet werden, daß man es verstehen kann, daß es weiten Kreisen der englischen Nation nicht eingehen will, daß das Pfund von heute, eben nicht mehr das Pfund von einst ist. Währungsrisiken sind immer eine gefährliche Sache, nicht nur für das Land, das davon betroffen ist, sondern auch für alle anderen Länder, die mit dem wirtschafswachen Land in geschäftlicher Verbindung stehen. Man kann in den letzten Wochen ganz deutlich beobachten, daß auch die Mark international, das heißt auf den ausländischen Börsenplätzen recht schwach liegt, daß da und dort die Reichsbank intervenieren, das heißt die auf den Markt kommenden Markbeträge aufkaufen mußte, um ein stärkeres Abgleiten zu verhindern. Erfreulich ist dabei allerdings die Tatsache, daß die Reichsbank über die Devisen- und Goldbestände verfügt, um dies tun zu können, wenn es auch manchmal nicht ganz leicht sein mag. Man darf also immer wieder versichern, daß von einer Inflationsgefahr keine Rede sein kann.

Leider haben sich in den letzten Tagen in der deutschen Industrie und Wirtschaft die Verhältnisse weiterhin verschlechtert. Eine ganze Anzahl von Stilllegungsanträgen mußte von großen, weltbekannten Firmen gestellt werden, da es ihnen an der nötigen Beschäftigung mangelte. Man braucht nur an die weltbekannte Lokomotivfabrik Henschel in Kassel, an die Waggonfabrik Crebe, an Hartmann und Braun, die führende Firma für elektrische Weheinstrumente in Frankfurt a. M., an die Gutehoffnungshütte in Oberhausen, an einzelne Zechen des Thyssenkonzerns zu erinnern, die ihren Betrieb einstellen wollen, weil für die Belegschaft keine Arbeit mehr vorhanden ist. Dabei könnte man die Liste ohne besondere Schwierigkeiten erweitern, aus allen Teilen des Landes kommen immer neue Anträge von kleinen und von großen Firmen, die viele tausend Arbeiter und Angestellte beschäftigen. Gewiß gibt es Optimisten, die sagen, die augenblickliche Wirtschaftskrise sei schon über ihrem Höhepunkt hinweg, doch niemand weiß, ob das stimmt. Richtiger ist vielmehr, sich immer wieder daran zu erinnern, daß ein Ende noch nicht erhofft werden kann, umso mehr, als die Wirtschaftskrisen früherer Zeiten viele Jahre, ja Jahrzehnte nachgewirkt haben, ehe sie als ausgeglichen angesehen werden konnten. Die Arbeitslosigkeit ist, wie bei dieser Sachlage zu erwarten war, wieder gestiegen. Sie betrug am 1. Dezember 5,057 Millionen, rund 200 000 mehr als Mitte November.

Der Konsul liegt im Fieberdelirium. Aus seinen wirren Reden kann ich nur so viel entnehmen, daß irgend ein schwerer Verdacht gegen den Grafen Hans Egon vorliegt — ein Verdacht, in den das Vermögen des Hauses Sibellus verwickelt ist.

„Besteht Lebensgefahr für Sibellus?“

„Ich hoffe, nein! Alles wird davon abhängen, was sein Herz aushält und wie schnell die fieberhaften Bewußtseinsstörungen zurückgehen. Wir müssen geduldig abwarten.“

Die beiden Männer sahen sich an. Ein Gedanke war in ihnen: Virgil!

„Weißt Sie es schon?“ fragte Graf Friedrich leise nach einer Pause.

„Nein, deswegen habe ich Sie ja gerade so schmerzhaft erwartet. Dieses Ungeheuer kann man ihr bei ihrem jetzigen Zustand natürlich nicht schriftlich mitteilen. Ich kann von meinen Patienten hier nicht fort; so sind Sie, lieber Herr Graf, der einzige, der Virgil diese Schreckensbotschaft so überbringen kann, daß Sie uns nicht auch noch zugrunde gerichtet wird.“

Graf Friedrich machte eine Gebärde des Entsetzens.

„Was meinen Sie mir zu — ich, der Ueberbringer einer solchen Nachricht?“

„Gerade Sie!“ versetzte der alte Sanitätsrat dringend.

„Ich weiß, wie Virgil Sie schätzt, wie Sie Ihnen in schweigerlicher Liebe verbunden ist. Um Virgils willen muß ich dies Opfer von Ihnen fordern.“

Ein schwerer Atemzug hob die Brust des Grafen.

„Sie haben recht, es ist meine Pflicht; aber noch nie, glauben Sie mir, ist mir die Erfüllung einer Pflicht so schwer geworden.“

Während Graf Friedrich in der Eisenbahn saß, um die ahnungslose Virgil vorzubereiten, befand sich Hans Egon auf der Flucht. Welch ein Glück, daß er von seiner Hochzeitsreise mit Virgil her noch einen Auslandspaß hatte;

Die Trocadero-Vorfälle vor der französischen Kammer.

In der französischen Kammer kam es zu einer Diskussion über die Vorfälle bei der Abrüstungskonferenz in Trocadero in Paris und über die Vorfälle in der nationalistischen Rundgebung in Bordeaux. Die Debatte zog sich lange Zeit hin, wobei die Vorfälle in Trocadero stark kritisiert wurden. Ministerpräsident Laval stellte dann die Vertrauensfrage zugunsten einer Vertagung dieser Debatte, die die Kammer annahm.

Schließung der Universität Belgrad.

An der Universität Belgrad sind gegen das jehige Regime Studentenunruhen ausgebrochen, in deren Verlauf einzelne Gruppen für die Republik demonstrierten. Der Rektor hat hierauf die Schließung der Universität angeordnet.

Verhaftung wegen Spionage.

Reichswehrangehöriger und Jüdischen unter Spionageverdacht.

Guben, 10. Dezember

Der Obergefreite Weich und der frühere Oberreiter Vorwerk vom Reiterregiment 10 in Jälichau sowie mehrere Einwohner des im Kreise Boms gelegenen Dorfes Neutrans sind wegen Verdachtes der Spionage zu Gunsten Polens verhaftet worden. Die hiesige Staatsanwaltschaft hat die Untersuchung bereits abgeschlossen und das Material dem Oberreichsanwalt in Leipzig zugestellt.

Todesurteil.

Wegen Ermordung eines Chauffeurs.

Berlin, 9. Dezember.

Am Mittwoch fand die Gerichtsverhandlung gegen den 23jährigen Händler Johannes Kabeil statt, der den Kraftbroschürenführer Ponigl auf einer Fahrt nach Berch bei Potsdam erschossen hat, um ihn zu berauben.

Gemäß dem Antrag des Staatsanwalts verurteilte das Gericht den Angeklagten wegen Mordes zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Wettervorhersage für zehn Tage.

Eine bedeutungsvolle wissenschaftliche Errungenschaft.

Frankfurt a. M., 9. Dezember.

Die Braunschweiger Forschungsstelle für langfristige Wettervorhersage in Frankfurt a. M., die vor nunmehr zwei Jahren vom preußischen Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten geschaffen wurde, plant, im nächsten Jahre zum erstenmal mit langfristigen Witterungsvorhersagen an die Öffentlichkeit zu treten. Es sind Vorhersagen für einen Zeitraum von zehn Tagen in Aussicht genommen, die für Norddeutschland westlich der Oder und für Süddeutschland Geltung haben und durch Rundfunk verbreitet werden sollen. Zunächst kommen die Hochsommermonate Juli und August in Frage.

Im vergangenen Sommer und Frühherbst wurden einem kleinen Kreis von Universitätsprofessoren und Landwirten versuchsweise langfristige Vorhersagen gegeben. Von diesen Vorhersagen ist auch nicht eine einzige fehlgeschlagen. Für die Landwirtschaft besonders wichtig war die nach der Regenzeit vom 6. bis 21. Juli gegebene Vorhersage. Die betreffenden Landwirte versicherten, daß durch die Nahrung aus dieser Vorhersage ihr Schaden um 50 Prozent geringer war als er ohne diese gewesen wäre.

Da der im Regierungsbezirk Wiesbaden entstandene Schaden nämlich auf 16 Millionen Mark geschätzt wird, hätte also allein in diesem Bezirk ein Schaden von acht Millionen Mark vermieden werden können, wenn der Forschungsstelle Mittel zur Verfügung gestanden hätten, um die Grundlegung der Vorhersagen so durchführen zu können, daß ihre Veröffentlichung hätte verantwortet werden können.

Ich hab dir verziehn!

Roman von Clotilde von Stegmann-Stein

Copyright by Martin Fuchs-Wanger, Halle (Saale)

Als er in den Schlosshof einfuhr, wunderte er sich, daß der Wagen des Sanitätsrats Sievert vor der Rampe hielt. Was hatte das zu bedeuten? War Hans Egon erkrankt, hatte man ihm etwas verheimlicht? War Virgil schon zurückgekehrt? Und war etwas aus seinem bösen Traum Wahrheit geworden?

Er sprang, noch ehe der Wagen richtig hielt, ab und eilte mit langen Schritten in das Haus, wo ihm der alte Sanitätsrat in der Halle entgegentrat.

„Gott sei Dank, daß Sie da sind, Herr Graf“, sagte der alte Herr.

„Ist es etwas mit Virgil?“ fragte Graf Friedrich in höchster Angst.

„Nein und ja“, erwiderte der Arzt zögernd. „Kommen Sie, wir müssen ganz ruhig bleiben. Ich brauche Ihre Kraft, Ihre Hilfe, Graf.“

Bald saßen die beiden Männer in dem ruhigen Wohnzimmer und in tiefster Seele erschüttert, hörte Graf Friedrich von der furchtbaren Tragödie, die sich am verflochtenen Abend im Hause des Konsuls Sibellus abgespielt hatte.

„Genau wissen wir nicht, was zwischen Hans Egon und dem Konsul vorgegangen“, erklärte der Sanitätsrat, „aber es muß etwas sehr Schweres gewesen sein, denn man hat Sibellus' Stimme im ganzen Hause gehört. Kurz darauf fand man den Konsul mit der schweren Wunde am Hinterkopf auf dem Boden liegend. Ihr Bruder ist verschwunden und mit ihm, wie mir Eliaffen im Vertrauen sagte“, fuhr der Arzt nach einem mißleidigen Blick auf den Grafen zögernd fort, „eine große Geldsumme.“

Graf Friedrich schloß auf:

„Und der Konsul?“

mit ihm kam er erst einmal außer Landes. Das Weitere mußte er sehen.

Er wußte nur eins, daß er zu dem einzigen Menschen gelangen mußte, dessen Herz immer für ihn da zu sein schien und der nicht die bürgerliche Moral mit ihrer Vernunft und ihren Vorurteilen für ihn bereit haben würde.

Dolores, die ihm so viel glühende Liebesstunden geschenkt, deren letzte Briefe noch von heißer Sehnsucht gesprochen — Dolores war sein Ziel!

Mit frohem Lächeln hatte Virgil den Schwager willkommen geheißen. Sie gab sofort Weisung an Schwester Helene, dem unerwarteten und lieben Gast eine erfrischende Mahlzeit zu bereiten. Immer wieder drückte sie die Hände des Schwagers, zärtlich nach seinem Ergehen, nach dem Vater, dem Gatten fragend.

„Ihr Bösen“, sagte sie leicht schmolend, „Ihr habt mich hier doch länger allein gelassen, als ihr zuerst erklärt hattet. Aber nun komme ich ja bald zurück. Am liebsten möchte ich gleich mit dir fahren. Nun ich dich wieder gesehen habe, ist die Sehnsucht nach meinem Leben in der Heimat kaum noch zu ertragen. Frage nur Schwester Helene, ob ich nicht schon so prächtig erholt bin, daß ich allem mit Ruhe entgegensehen kann.“

Graf Friedrich sah mit schmerzlicher Nührung in das freudig erregte Gesicht der geliebten Frau.

„Virgil, bist du auch wirklich stark genug, um allem zu begegnen, was die Zukunft für dich bereit hält?“

„Du fragst so sonderbar, und du blickst mich so sonderbar an, Friedrich?“

Eine plötzliche Angst flog über ihr eben noch so fröhliches Gesicht. Graf Friedrich wandte sich ab; er konnte den erschrockenen Blick der geliebten Augen nicht ertragen.

Er winkte Schwester Helene, die unauffällig zur Tür hereinsah und jetzt schnell hinter den Sessel der jungen Gräfin trat.

„Dein Vater ist erkrankt, meine teure Virgil und ich komme an seiner Stelle, dich heimzuholen.“

Aus Nah und Fern

Sauerbrey, ein Schüler des Sachverständigen Professor Kallveram.

Frankfurt a. M. Auf der Tagesordnung des Prozesses standen die Bilanzarbeiten der Favaag. Eine besondere Rolle spielte hierbei das geheimnisvolle Konto „Girokasse Stuttgart“, auf dem zeitweise ein Debet von 25 und mehr Millionen Mark vorhanden war. Mit den eigentlichen Finanzgeschäften hatte Sauerbrey nichts zu tun. Sauerbrey wurde nur bei den „Verschönerungsarbeiten“ der Bilanzen hinzugezogen. Zum Schluss gab es noch einen Fehlbetragserfolg, als man auf den Werdegang Sauerbrey zu sprechen kam und dabei feststellte, daß Sauerbrey ein Schüler des Sachverständigen Prof. Kallveram war, der in seinem Gutachten eine so vernichtendes Urteil über die Geschäftsmethoden der Favaag gegeben hat. Die Verhandlung wird am Donnerstag fortgesetzt.

Der Brandstifter von Hof Krempel abgeurteilt

Limburg. Das Schwurgericht Limburg leitete seine Tagungsperiode, in der sechs Prozesse anstehen, mit der Verhandlung gegen den Brandstifter vom Hofgut Krempel bei Rennerod, Karl Scheele, ein. Der Vorlesende bezeichnete das Vorleben des Angeklagten als sehr traurig. Der Angeklagte gestand die Brandstiftung ohne weiteres ein und äußerte den Wunsch, wieder ins Zuchthaus zu kommen, wo er unter seinesgleichen sei. Im übrigen gab er der Gesellschaftsordnung die Schuld dafür, daß er so tief gesunken ist. „Wenn man durchs Gefängnis besser würde, dann müßte er der beste Mensch der Welt sein“, so erklärt er. Das Gericht ging über den Antrag des Staatsanwalts, der zwei Jahre Zuchthaus beantragt hatte, hinaus und verurteilte Scheele zu einer Zuchthausstrafe von drei Jahren sechs Monaten und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre.

Der frühere Wildlieb als Jagdaufseher.

Marburg. In den Wäldern um Biedenkopf wird schon seit Jahren viel gewildert, so daß der früher große Rehbestand erheblich zurückgegangen ist. Einige Wildbiebe konnten bereits gefaßt und abgeurteilt werden. Nun standen wiederum zwei Einwohner aus Biedenkopf, denen Wildbieberei zur Last gelegt wurde, vor Gericht. Die Anzeige war von einem der schon früher abgeurteilten Wildbiebe ergangen, der inzwischen von den Jagdpächtern als Jagdaufseher angestellt worden ist und Prämien für Feststellung von Wildbieben erhält. Auf eine diesbezügliche Anfrage des Verteidigers der beiden Angeklagten antwortete der Staatsanwalt, daß sich früher Wildbiebe später als Jagdaufseher oft sehr gut bewährt hätten. Beiden Angeklagten konnte die ihnen zur Last gelegte Wildbieberei nicht bewiesen werden. Einer derselben, in dessen Wohnung man ein ganzes Lager von Wildbiebesilbent, Munition usw. gefunden hatte, erhielt lediglich wegen verbotenen Waffensbesitzes 20 Mark Geldstrafe.

Frankfurt a. M. (Liebesdrama.) Abends wurden der 26-jährige Gärtner Karl Möser, der zurzeit arbeitslos war, sowie ein 19-jähriges Mädchen in der Wohnung Möser in Oberrad mit Gas vergiftet aufgefunden. Während Möser bereits tot war, gab das Mädchen noch Lebenszeichen von sich; es wurde ins Krankenhaus gebracht. Bei Möser handelt es sich um einen Mann, der vor etwa einem Jahr im Ostpark seine Frau niedergeschossen hat. Er kam mit einer verhältnismäßig geringen Strafe davon, die er jetzt antreten sollte. Das scheint den Mann und seine Geliebte veranlaßt zu haben, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden.

Nassau. Bahn. (Jagdpachtumfaß die Hälfte gesenkt.) In der Gemeinde Homburg hatten die Pächter der Gemeindegagd gegenüber dem bisherigen Pachtpreis von 1500 Mark ein Angebot von 1000 Mark gemacht, worauf die Gemeinde nicht einging. Das von den Pächtern angerufene Jagdpachteinigungsamt in Limburg setzte nun den Pachtpreis auf 850 Mark fest.

Königslein. (Einbruch in eine Konsumvereinsfiliale.) In einer der letzten Nächte wurde von einem bisher unbekannten Täter ein Einbruch in die hiesige Filiale des Konsumvereins für Höchst a. M. und Umgebung verübt. Der Dieb drang durch die Hinterräume in den Laden ein, nachdem er durch Anbohren einer Tür einen Riegel zurückgeschoben hatte. Es fielen ihm 300 Mark in bar in die Hände.

Marburg. (Ein Jahr Gefängnis wegen Brandstiftung.) Das Groß-Schöffengericht verurteilte den Landwirt Staab aus Neuenhain bei Homburg, Bezirk Kassel zu einem Jahre Gefängnis, weil er am 5. September ds. Js. seine Scheune nebst Stallung vorsätzlich in Brand gesteckt hatte.

Die Winterhilfsanträge erfordern 80 Millionen Mark.

Darmstadt. Die dem Landtag vorliegenden Anträge auf Winterbeihilfen für Wohlfahrtsunterstützungsempfänger usw. erfordern, wie man ausgerechnet hat, etwa 80 Millionen Mark.

Die Vorsitzenden der Ausschüsse.

Darmstadt. Im Anschluß an die erste Plenarsitzung wurden in den Ausschüssen die Vorsitzenden gewählt. Zum Vorsitzenden des Finanzausschusses wurde Dr. Müller

(Nat.-Soz.), zum Stellvertreter Abg. Widmann (Soz.) gewählt. Im Befehlgebungsamt bestand bei der Wahl des Vorsitzenden Stimmengleichheit. Durch das Los wurde der Nat.-Soz. Jung-Worms bestimmt. Zum Stellvertreter wurde Abg. Schül (Ztr.) gewählt. Zum Vorsitzenden des Petitionsausschusses wurde Abg. Winter (Ztr.) gewählt.

Die Forderungen der Nationalsozialisten.

Wie verlautet, haben die Nationalsozialisten die bereits angekündigten Forderungen überreicht. Das Zentrum habe sich Bedenkzeit erbitten.

Vollkommene Liquidität der Volksbank.

Bad Nauheim. In der 101. ordentlichen Generalversammlung der Bad Nauheimer Volksbank wurden vom Vorstand der Bank Angaben über deren Status gemacht, aus denen eine vollkommene Liquidität und Bonität hervorgeht. Die Bilanzsumme in den ersten elf Monaten dieses Jahres beträgt rund 4,4 Millionen Mark. Der Umsatz hat sich um 17,59 Prozent gesteigert, ein unter Berücksichtigung des starken Ausfalles in der Badeindustrie nur geringer Rückgang. Der Jahresumsatz wird trotzdem etwa 100 Millionen Mark erreichen. Irgendwelche Bankschulden und Giroverbindlichkeiten hat die Bank nicht.

Die Finanzlage der Stadt Mainz. — 3,5 Mill. Fehlbetrag.

Mainz. In einer Pressebesprechung machte Oberbürgermeister Dr. Erhard Ausführungen über die Finanzlage der Stadt Mainz. Er ging davon aus, daß der vom Stadtrat beschlossene Haushaltsplan für 1931 mit einem Fehlbetrag von 1,2 Millionen abschloß. Die Verhältnisse hätten sich jedoch im Laufe des Rechnungsjahres derartig ungünstig entwickelt, daß mit einer Verschlechterung gegen den Voranschlag von rund 7,4 Millionen Mark zu rechnen sei. Es handele sich jetzt um einen Gesamtfahlbetrag von 8,7 Millionen Mark. Durch Verbesserungen und Einsparungen in Höhe von rund 5,2 Millionen Mark gegenüber dem Haushaltsplan ergebe sich jetzt ein neuer Fehlbetrag von annähernd 3,5 Millionen Mark. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist gegen November 1930 um 33 Prozent zurückgegangen, während die Zahl der in der Krisenfürsorge unterstützten Personen, die in absehbarer Zeit an die allgemeine Wohlfahrtspflege übergehen, um 174 Prozent gestiegen ist. In der allgemeinen Wohlfahrtspflege ist die Zahl der Unterstützten in der gleichen Zeit um mehr als das Doppelte — 107 Prozent — in die Höhe gegangen.

Darmstadt. (Im Adamskostüm durchgegangen.) In den Frühstunden entwich aus dem U-Bau des Stadtkrankenhaus ein Student, der nur mit Strümpfen bekleidet war. Er lief durch die Grafenstraße zur Rheinstraße und wurde schließlich vor der Post von einer ihn verfolgenden Krankenschwester mit Hilfe von Passanten festgehalten, in eine Decke gehüllt und auf einem Krankentransportwagen ins Krankenhaus zurücktransportiert.

Offenbach a. M. (Opfer seines Berufes.) Der Dachdecker Heinrich Holzer ist vom Dach eines Hauses in der Bettinastraße auf die Straße gestürzt. Holzer wurde schwer verletzt ins Krankenhaus transportiert, wo er nach kurzer Zeit verstarb.

Mainz. (Fahrlässiger Falscheld.) Der der R.P.D. angehörige 29-jährige Arbeiter Friedrich Johann Mühlbach aus Mainz hatte in einer Straffache gegen einen seiner Parteigenossen als Entlastungszeugen ausgesagt, die den Befundungen eines Belastungszeugen widersprachen. Das Gericht verurteilte ihn deshalb wegen fahrlässigen Falscheldes zu zehn Monaten Gefängnis.

Glimbsheim. (Versuchte Vergewaltigung.) Ueberfallen wurde auf dem Wege nach Glimbsheim auf der Rheinstraße die 23-jährige Tochter des Fährmanns Willius. Der Unhold wollte das Mädchen vergewaltigen.



Die erfolgreichste deutsche Rennreiterin.

Fräulein Schläffe, die Tochter des bekannten Berliner Trainers und früheren erfolgreichen Jockeys Schläffe, ist in der vergangenen Rennsaison mit sechs Siegen an der Spitze der Erfolgsliste und somit die erfolgreichste deutsche Rennreiterin.

663 936 Arbeitslose im Rheinland

Rhein, 9. Dez. Ueber die Arbeitsmarktlage in der Rheinprovinz in der zweiten Novemberhälfte berichtet das Landesarbeitsamt Rheinland:

Die erwartete saisonmäßige Verschlechterung des Arbeitsmarktes ist in der Berichtszeit eingetreten. Die Zahl der Arbeitsuchenden stieg um 13 191 gleich 2 Prozent auf 663 936. Der Anteil der Außenberufe betrug 6 536 bzw. rund 50 Prozent des Gesamtzuflusses. Den Hauptzugang brachten das Baugewerbe und die Landwirtschaft.

Die Erzeugungsgüterindustrie zeigt einen Stillstand in der Abwärtsbewegung. Lediglich in der Metallindustrie wurden in stärkerem Maße Kräfte frei. Ein wesentlicher Teil des Zuganges entstammt kleinen und handwerklichen Betrieben. In mehreren Bezirken wird ein Zugang von früher selbständigen Meistern als Arbeitsuchenden wegen Aufgabe ihrer Existenz beobachtet.

Der Verbrauchsgüterindustrie brachte das Weihnachtsgeschäft nicht die erwartete Belebung. Die gestunkene Kaufkraft der Bevölkerung ist in der Verbrauchsgüterindustrie am stärksten spürbar.

Ein Vergleich mit den Ziffern des Vorjahres zeigt die konjunkturelle Verschlechterung des Arbeitsmarktes. Der Anteil der Außenberufe an der Gesamtzahl der Arbeitsuchenden ist von 38,9 Prozent auf 36,9 Prozent gesunken, der Anteil der Erzeugungsgüterindustrie dagegen von 24,4 Prozent auf 26,7 Prozent gestiegen. Als verhältnismäßig widerstandsfähig hat sich, über das Jahr hinaus gesehen, die Verbrauchsgüterindustrie erwiesen; ihr Anteil ist von 9,9 Prozent auf 8,3 Prozent gefallen. Bemerkenswert ist die Entwicklung der Zahlen der Unterstützungsempfänger. Die Zahl der Arbeitslosenunterstützungsempfänger ist um 8823 auf 166 311 gestiegen, die der Krisenunterstützten nur um 217 auf 203 397.

Die verhängnisvolle Grubenlampe

Das Grubensicherheitsamt über das Grubenunglück auf Mont Cenis.

Essen, 9. Dez. Die vom Grubensicherheitsamt im Preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe herausgegebene Zeitschrift „Grubensicherheit“ schreibt in ihrer letzten Ausgabe über das Ergebnis der Untersuchung des Grubenunglücks auf der Zeche Mont Cenis u. a. folgendes: Es ist anzunehmen, daß zur Explosionszeit an Ort 2 erhebliche Grubengasmengen plötzlich frei wurden und den Ortsquerschnitt mindestens im oberen Teil erfüllten. Bei der amtlichen Untersuchung wurden die beiden Beute von Ort 2 im Strebsitz aufgefunden. Sie hatten sich dorthin vor der Explosion zurückgezogen, wahrscheinlich weil das Gebirge in Bewegung kam. Eine elektrische Lampe hatten sie vor Ort hängen lassen. Diese Lampe hat die erste Entzündung der Schlagwetter verursacht.

Trotzdem sämtliche Schlagwettergefährlichen Gruben seit mehreren Jahren mit elektrischen Lampen ausgerüstet sind, war bisher eine Explosion durch die elektrische Lampe noch niemals entstanden. Es kommt jetzt darauf an, nach neuen Wegen zu suchen, um auch die einzige bei der elektrischen Lampe noch bestehende Gefahr auszuschalten. Im übrigen prüft die Bergbehörde im Einvernehmen mit der Grubensicherheitskommission auf der Versuchsstrecke zur Zeit, welche Folgerungen für die Grubensicherheit aus dem Explosionsunglück zu ziehen sind.

Uniformierte Nationalsozialisten zwangsweise

Wuppertal, 9. Dez. Im Laufe des Dienstags zogen sich an den verschiedensten Stellen der Stadt Nationalsozialisten einzeln oder in kleinen Trupps in voller Uniform mit der offensichtlichsten Absicht, nach vorgefertigtem Plan über die Verordnung des Oberpräsidenten sich hinwegzulegen. Im ganzen wurden rund 100 uniformierte Nationalsozialisten zwangsweise festgesetzt. Soweit sie von dem Angebot der Polizei, sich Zivilkleider zu verschaffen, Gebrauch machten, wurden sie nach Feststellung der Personalien entlassen. Der Rest, der diese Aufforderung ablehnte, wurde erst im Laufe der Nacht auf freien Fuß gesetzt.

Wülfrath. (Explosion im Wülfrather Gaswerk.) Mittwoch morgen ereignete sich im Reglerhäuschen des Gasometers eine Explosion, wobei eine Person schwere Brandwunden erlitt und zahlreiche Scheiben an den benachbarten Gebäuden herausgedrückt wurden. Der Rohrmeister hatte vorschriftsmäßig in der Reglerstation die Apparate nachgesehen und alles in Ordnung gefunden. Als er den Raum verließ, erfolgte in dem Augenblick, als er das Licht ausschaltete die Explosion, durch die auch das Schieferdach des Häuschens abgehoben wurde. Weiterer Schaden an den Wertgebäuden ist nicht entstanden, so daß der Betrieb keine Unterbrechung erleidet. Außer dem Rohrmeister, der an Kopf und Händen Brandwunden erlitt, kam niemand zu Schaden. Die Ursache der Explosion ist vermutlich in Kurzschluß zu suchen.

Rhein. (Eine polnische Einbrecherbande verhaftet.) Der Kölner Kriminalpolizei ist es gelungen, eine viertöpfige polnische Einbrecherbande zu verhaften, die seit längerer Zeit in Köln- und Umgebung Landdiebstähle begangen hat. Gleichzeitig wurden zwei Fehler festgenommen und große Diebeswarenbefunde konnten beschlagnahmt werden. Die Zahl der von der Bande begangenen Einbrüche soll sehr groß sein. Bis jetzt haben die Verhafteten sieben Einbrüche eingestanden.



Kaiser's bringt billige Weihnachten

5% RABATT
IN MARKEN
AUSSER ZUCKER

FEST-
KAFFEE

TEE
KAKAO

SCHOKOLADEN
PRALINEN

MARZIPAN
BONBONS

BAUMBEHANG
FIGUREN

Auß zu KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT

Die Ausgabe unserer Weihnachts-Geschenke bei Einlösung von Weihnachts-Sparbüchern hat begonnen.